



**SPD Landesverband Berlin  
Kreis Pankow**

**Wahlperiode 2016 bis 2018**

**5. Kreisdelegiertenversammlung (KDV)**

**25. März 2017**

## **Beschlussbuch**

Das Beschlussbuch enthält die Anträge zur 5. KDV Pankow in den jeweils beschlossenen Fassungen. Der beschlossene ANT 038/05 betrifft den Kreis Pankow, alle anderen beschlossenen Anträge sind gem. KDV-Entscheidung beim Landesparteitag der SPD Berlin eingereicht worden.

**ANT 035/05**

Antrag Nr.

**Kreisvorstand**

**06.02.2017**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Förderung der ehrenamtlichen Parteiarbeit**

1 Der Landesverband richtet seine Strukturen und Arbeitsweisen konsequent ehrenamtsorientiert  
2 aus. Ehrenamtsorientierung bedeutet, dass bei Planungen der Parteiarbeit die Bedürfnisse der  
3 ehrenamtlich tätigen Mitglieder im Zentrum stehen müssen. Dazu gehören vor allem langfristige  
4 Terminplanung, die Vermeidung von Ad-hoc-Terminen sowie frühzeitige Einladungen unter  
5 Angabe der zu verhandelnden Themen und längerfristige Informations-, Diskussions- und  
6 Beschlussvorlagen. Attraktive und gute Parteiarbeit soll darüber hinaus ergebnisorientiert sein.

7

8 Um dies zu verwirklichen, werden alle Gremien im Landesverband zukünftig:

9

- 10 • Termine mit Rücksicht auf vor allem auf ehrenamtlich tätige Genoss\*innen ohne Mandat  
11 mit Diäten und/oder hauptamtlicher Parteifunktion langfristig und verlässlich koordinieren;
- 12 • mindestens eine Woche vor der Sitzung Einladungen mit einer Tagesordnung versenden;
- 13 • spätestens fünf Tage vor der Sitzung die jeweiligen Protokolle, Informations-, Beschluss-  
14 und Beratungsunterlagen zusenden;
- 15 • Tischvorlagen nur in begründeten Ausnahmefällen zulassen und
- 16 • in der Regel den Tagesordnungspunkt, zu dem die Unterlagen nicht rechtzeitig  
17 zugegangen sind, verschieben.

18

19 Insbesondere die Vorstände werden ihre Sitzungen so strukturieren, dass am Ende eines  
20 Tagesordnungspunktes ein Beschluss steht, entweder über das weitere Verfahren oder über die  
21 Art der Konsequenz, d.h. Aktion/Veranstaltung oder Antrag/Resolution.

22

23 Bei Parteitag (u.a. Kreisdelegiertenversammlungen, Landesparteitage und  
24 Mitgliederversammlungen/-foren) ist/sind:

25

- 26 • die Unterlagen, vor allem Wahlvorschläge, Anträge und Arbeitsberichte, so rechtzeitig an  
27 die jeweiligen Gliederungen (wie Abteilungen/Arbeitsgemeinschaften und Kreise)  
28 weiterzugeben, so dass diese genügend Zeit zur Beratung und ggf. Beschlussfassung  
29 haben – in der Regel sechs Wochen;
- 30 • immer für den Tagesordnungspunkt „Antragsberatung“ ausreichend Zeit vorzusehen,  
31 damit Anträge aktuell bzw. zeitnah beraten werden und Vertagungen möglichst vermieden  
32 werden können;

33 dort Rechenschaft über die Erledigung der Beschlüsse abzulegen.

## Begründung:

Eine zentrale Aufgabe unserer Sozialdemokratischen Partei ist es, möglichst viele Menschen für die Arbeit zu gewinnen, indem aktive Mitglieder weiter motiviert, mehr inaktive Mitglieder aktiviert und neue Mitglieder für die Parteiarbeit gewonnen werden.

Fast alle Genoss\*innen, die auf Kreis- und Landesebene Parteiarbeit leisten, tun dies rein ehrenamtlich. Dies gilt ebenso für den überwiegenden Teil der Mandatsträger\*innen unserer Partei.

Dennoch sind neue Herausforderungen entstanden, denen sich die Funktionär\*innen in ihren Gremien stellen müssen, die hier kurz skizziert werden:

- **Veränderung der Arbeitswelt**  
Mit den Flexibilisierungen der Arbeitszeiten, z.B. der Ladenöffnungszeiten oder dem neuen Typus der Arbeitskraftunternehmer\*in, sowie längeren Wegezeiten werden Vereinbarungen auf gemeinsame Termine im Ehrenamt immer schwieriger. Oftmals orientieren sich Sitzungstermine an Bürozeiten, weniger an den Arbeitszeiten von im Schichtbetrieb tätigen Menschen. Arbeitsfrei ist oftmals nur noch das Wochenende, vor allem der Sonntag. Organisation von Partei muss zur Einbeziehung möglichst vieler Menschen führen.
- **Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Ehrenamt**  
Hier gibt es neue Ansprüche an eine Balance dieser drei Bereiche. Wir müssen anerkennen, dass Parteiarbeit sehr zeitintensiv sein kann und oftmals zulasten von Familie und anderen ehrenamtlichen Betätigungen und Hobbys geht. Dabei sind die Ansprüche an ehrenamtliche Parteiarbeit sehr unterschiedlich ausgeprägt: Die Spannweite der Auffassung von Parteiarbeit reicht von Parteiarbeit als reine Fortführung der Erwerbsarbeit bis hin zu Parteiarbeit als reines „Hobby“, das neben Beruf und Familie wahrgenommen wird.

Diese Entwicklungen erfordern konsequente Lösungen im Landesverband Berlin und seinen Kreisen. Kernpunkte der notwendigen Veränderungen der Parteiarbeit sind Ehrenamtsorientierung, Verlässlichkeit sowie eine ergebnisorientierte Parteiarbeit.

**ANT 036/05**

Antrag Nr.

**Abt. 03/11 Mauerpark**

**08.02.2017**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:
- Der Landesparteitag möge beschließen:
- Der Bundesparteitag möge beschließen:

**Obdachlosigkeit bekämpfen – Infrastruktur für professionelle Hilfe ausbauen und verbessern**

- 1 In Berlin herrscht ein Mangel an Unterbringungsmöglichkeiten im geschützten Wohnsegment,  
2 insbesondere für Obdachlose, den es zu lindern gilt.
- 3 - Bei größeren Neubauprojekten sollen nicht nur bezahlbare Wohnungen, sondern auch  
4 Räumlichkeiten im geschützten Wohnsegment, z.B. Betreuungs-WG's,  
5 Obdachlosenheime, Frauenhäuser und auch Notunterkünfte geschaffen werden. In den  
6 Obdachlosenheimen, Betreuungs-WGs und Notunterkünften müssen auch geschützte  
7 Bereiche für Frauen mitgeplant werden
- 8 - Das Land Berlin und die Bezirke prüfen lösungsorientiert Möglichkeiten der Einrichtung  
9 von Räumlichkeiten für Obdachlosenheime und Notunterkünfte
- 10 - Ziel ist weiterhin die Aufstockung von Notbetten für obdachlose Menschen.
- 11 - Als Betreiber erhalten – wo immer sinnvoll möglich – seriöse und im Segment erfahrene,  
12 gemeinnützige Organisationen den Vorzug. Die ausreichende Finanzierung der Projekte  
13 (Geschultes, hauptamtliches Personal, Einrichtung usw.) muss durch das Land Berlin,  
14 oder – wo zuständig – vom Bund sichergestellt werden.
- 15 - Das Land Berlin und die Bezirke bauen die Kapazitäten an Psychiatrieplätzen und  
16 Suchttherapieplätzen konsequent aus und gewährt eine bedarfsgerechte Versorgung.  
17 Hierbei sind auch die spezifischen Probleme von Menschen ohne Krankenversicherung  
18 mit zu bedenken

Begründung:

Die große Zahl von Obdachlosen in Berlin zeigt ein drängendes soziales Problem. Den Schwächsten der Gesellschaft, die aus verschiedensten Gründen durch alle sozialen Netze gefallen sind, wieder Perspektiven für ein Leben in Würde, Obdach und soziale Sicherheit zu bieten – eben durch den Aufbau einer angemessenen sozialen und wohnwirtschaftlichen Infrastruktur - muss Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ein dringendes Anliegen sein.

In einer Abteilungssitzung unserer Abteilung Pankow 11 mit Mara Fischer von mob e. V. haben wir von den Schwierigkeiten bei der Versorgung von Wohnungslosen in Berlin aus erster Hand berichtet bekommen.

Insbesondere wurde dargelegt, dass Menschen viel länger als sinnvoll in den Notunterkünften und Obdachlosenheimen verbleiben müssen.

Normalerweise sieht die Systematik wie folgt aus:

- Obdachloser Mensch kommt in die Notunterkunft. Verbleibt dort 2-3 Tage bis ein Platz in einem Heim gefunden wird und verbleibt dort wiederum 1-2 Jahre, bis er eine Sozialwohnung beziehen kann
- Tatsächlich verbleiben manche Menschen bis zu drei Wochen in der Notunterkunft, einige dann bis zu zehn Jahre im Obdachlosenheim.
- Bis zu 30 Leute werden pro Tag von der Notunterkunft Storkower Str. abgewiesen, weil die Platzzahl dort nicht ausreicht. Es fehlt an Personal, Schlafplätzen, Heimplätzen, Therapieplätzen, Sozialwohnungen

Menschen ohne Wohnung müssen in der Berliner SPD eine starke Lobbyistin haben, die sich ihrer drängenden Probleme annimmt.

Unsere obdachlosen Mitbürgerinnen und -bürger verdienen unsere Solidarität!

**ANT 037/05**

Antrag Nr.

**SPDqueer Pankow**

**10.02.2017**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Verankerung der Akzeptanzförderung von Vielfalt im Berliner Schulgesetz**

- 1 Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner
- 2 Senats werden aufgefordert, sich für die umgehende Verankerung der Akzeptanzförderung von
- 3 Vielfalt im Berliner Schulgesetz einzusetzen. Hierzu soll in Paragraph 16 des Berliner
- 4 Schulgesetzes („Einführung von Schulbüchern und anderen Unterrichtsmedien“) Abs. 1, Satz 1,
- 5 Nr. 5 die bisherige Formulierung („nicht ein geschlechts-, religions- oder rassendiskriminierendes
- 6 Verständnis fördern“) ersetzt werden durch „keine diskriminierenden Inhalte oder Darstellungen
- 7 enthalten und Vielfalt namentlich in Bezug auf Geschlecht, Sprache, Alter, Herkunft,
- 8 Gesundheit/Behinderung, religiöse und politische Anschauungen, sexuelle und geschlechtliche
- 9 Identität sowie die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung widerspiegeln.“

Begründung:

Die Koalitionsvereinbarung 2016-2021 bekennt sich explizit zur Verankerung der Akzeptanzförderung von sexueller Vielfalt im Berliner Schulgesetz (S. 105). Eine solche Verankerung gilt es nun - mit einem weit gefassten Vielfaltsbegriff - zügig umzusetzen.

Paragraph 16, Absatz 1, des Berliner Schulgesetzes liest sich aktuell wie folgt:

(1) Schulbücher und andere Unterrichtsmedien, die dazu bestimmt sind, von Schülerinnen und Schülern über einen längeren Zeitraum überwiegend im Unterricht und bei der häuslichen Vor- und Nachbereitung des Unterrichts verwendet zu werden, dürfen an einer Schule nur eingeführt werden, wenn sie

1. Rechtsvorschriften nicht widersprechen,
2. mit den Zielen, Inhalten und Standards der Rahmenlehrpläne für Unterricht und Erziehung vereinbar sind,
3. nach methodischen und didaktischen Grundsätzen den pädagogischen Anforderungen genügen,
4. dem Stand der Wissenschaft entsprechen und keine Fehler in der Sachdarstellung aufweisen und
5. nicht ein geschlechts-, religions- oder rassendiskriminierendes Verständnis fördern.

Die Ersetzung des letzten Punktes (Nr. 5) durch die im Antrag genannte Formulierung soll das Ziel der Akzeptanzförderung von Vielfalt im Schulgesetz verankern. Dies ist dringend nötig, da die meisten von Berliner Schulen genutzten Schulbuchverlage auf dieses wichtige Thema nur unzureichend eingehen. Schulen wiederum genießen Lehrmittelfreiheit und halten sich in der Regel an die Verlage, bei denen sie immer schon Schulbücher bestellt haben. Zahllose Versuche

von Fachträgern, die etablierten Verlage durch Appelle und Aufklärung zur stärkeren Berücksichtigung von Vielfalt zu bewegen, sind erfolglos geblieben.

Die geforderte Gesetzesänderung greift nicht in die bestehende Lehrmittelfreiheit ein. Sie soll Verlage ermutigen, auf Vielfalt ausgerichtetes Lehrmaterial bereitzustellen. Sie ersetzt die bisherige, ausschließlich negative Formulierung im Schulgesetz (die Dinge aufzählt, die nicht gezeigt werden sollen) durch eine positive, die genau darlegt, welche Art von Vielfalt von modernen Schulbüchern zu erwarten ist.

**Kreisdelegiertenversammlung Pankow**  
Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung  
**05. KDV am 25.03. 2017**

**WP 2016 bis 2018**

**ANT 038/05**

---

Antrag Nr.

**Abt. 03/14 Bötzowviertel**

**11.02.2017**

---

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Benennung der Kreisgeschäftsstelle in Gertrud-Hanna-Büro**

---

- 1 Nach einem Beschluss des Kreisvorstandes soll nach dem Vorbild des Willy-Brandt-Hauses
- 2 (WBH) oder des Kurt-Schumacher-Hauses (KSH) die Kreisgeschäftsstelle einen Namen erhalten.
- 3 Wir schlagen vor, das Büro nach Gertrud Hanna zu benennen.

Begründung:

Neben den großen Männern in der SPD gab es auch viele Frauen, die Großes geleistet haben, aber dafür selten in angemessener Weise gewürdigt wurden oder werden. Dies wollen wir ändern. Eine Benennung der Kreisgeschäftsstelle nach einer Frau ist ein Zeichen in diese Richtung. Gertrud Hanna steht exemplarisch für viele aktive sozialdemokratische Frauen.

Sie lebte von 1876 bis 1944. Nach der Aufhebung der Sozialistengesetzen trat sie als eine der ersten Frauen dem freigewerkschaftlichen Verband der Buch- und Steindruckerei-HilfsarbeiterInnen bei. Mit 21 Jahren wurde sie in den Vorstand gewählt. 1908 wurde sie Mitglied der SPD. 1919 wurde sie Vorstandsmitglied des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Zwei Jahre später (1921) zog sie für Pankow als Abgeordnete der SPD in den Berliner Landtag ein. Sie kämpfte engagiert für die Rechte der Frauen und eine gleiche Entlohnung von Mann und Frau. Mit dem Verbot der SPD 1933 und einer Außerdienststellung beim Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund verlor sie jegliche Grundlage. Während des Naziregimes versuchten sie und ihre Schwester sich mit Flick- und Hilfsarbeiten am Leben zu halten. Gertrud Hanna wurde immer wieder mit Verhören gequält und gezwungen in der faschistischen Volkswohlfahrt mitzuhelfen. 1944 nahm sie sich mit ihrer Schwester das Leben.



**Kreisdelegiertenversammlung Pankow**  
Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung  
**05. KDV am 25.03. 2017**

**WP 2016 bis 2018**

**ANT 039/05**

---

Antrag Nr.

**Abt. 03/14 Bötzowviertel**

**11.02.2017**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Mehr Personal in den Bezirksämtern für die Gleichstellung**

---

- 1 Die Zahl der Vollzeitstellen für die Gleichstellungsbeauftragten der Bezirksämter soll sich an der
- 2 Einwohnerzahl der Bezirke orientieren und insbesondere auch proportional zur wachsenden
- 3 Einwohnerzahl steigen. Eine Vollzeitstelle pro 100.000 Einwohner ist anzustreben.

Begründung:

Berlin ist eine wachsende Stadt. Eine wachsende Einwohnerzahl bedeutet auf allen Ebenen der Verwaltung auch einen höheren Bedarf an Personal. Hierbei sollten wir die Gleichstellungsbeauftragten der Bezirke nicht außer Acht lassen. Mit ihrem Engagement tragen sie einen Großteil zu unserem politischen Ziel einer kompletten Gleichstellung von Frau und Mann bei. Die derzeitige Personalausstattung ist unzureichend, um den vielfältigen Aufgaben der Gleichstellungsbeauftragten gerecht zu werden. Mit der wachsenden Stadt wachsen zudem auch die Aufgaben und Projekte der Gleichstellungsbeauftragten. Daher fordern wir, dass proportional zur Einwohnerzahl auch die Vollzeitstellen der Gleichstellungsbeauftragten wachsen sollten und empfehlen, dass es pro 100.000 Einwohner eine Gleichstellungsbeauftragten geben sollte. So können wir sicherstellen, dass die Gleichstellung von Frau und Mann auch bei einer wachsenden Stadt weiter vorangetrieben wird.

**ANT 044/05 (Ersetzungsantrag zu ANT 040/05, 041/05)**

---

Antrag Nr.

**Antragskommission**

**22.03.2017**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Polizeistrukturen überprüfen – Präsenz in der Fläche sichern**

---

- 1 Sicherheit ist ein natürliches Bedürfnis, das nicht nur formal beschlossen, sondern auch erfüllt
- 2 werden muss. Der Begriff „innere Sicherheit“ springt für uns Sozialdemokrat\*innen zu kurz. Wir
- 3 wollen öffentliche Sicherheit für alle in Berlin lebenden Menschen. Das muss personell und
- 4 strukturell gewährleistet werden. Die Struktur der Berliner Polizei ist deshalb dahin gehend zu
- 5 überprüfen und ggf. anzupassen, dass eine bürgernahe Präsenz in der Fläche gesichert bzw.
- 6wiederhergestellt werden kann. Als Maßnahmen sind zu prüfen:
- 7
- 8 - die Neuordnung der Polizeiabschnitte oder Direktionen
- 9 - die Einführung von Kiezstreifen durch Kontaktbereichsbeamt\*innen oder
- 10 - mobile Wachen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.